



Datum: 02. Juli 2023

Veronika Grimm, Professorin für Volkswirtschaftslehre Uni. Erlangen-Nürnberg, Mitglied des Sachverständigenrates

Münchenberg: Das Interview der Woche heute mit Jörg Münchenberg, herzlich willkommen. Und mir gegenüber hier im Hauptstadtstudio des Deutschlandfunks an diesem Freitagmorgen sitzt Veronika Grimm. Sie ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen Nürnberg und zugleich Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, besser bekannt auch als die Wirtschaftsweisen. Hallo, Frau Grimm.

Grimm: Hallo, Herr Münchenberg.

Münchenberg: Frau Grimm, hinter dem Land liegen Monate des politischen Streits, der öffentlichen Aufregung. Das Gebäudeenergiegesetz, besser bekannt auch als das Heizungsgesetz, hat die Republik, aber auch die Ampelkoalition doch tief gespalten. Jetzt soll das ja alles ganz schnell gehen. Am Montag ist die Anhörung noch bei den Verbänden. Dann soll der Bundestag das GEG, wie es ja auch in Kurzform heißt, beschließen. Ist das aus Ihrer Sicht eine gute Idee, so ein Mammutgesetz – man geht ja von rund 170 Seiten aus, an vielen Stellen ja jetzt doch komplett überarbeitet –, dass man das jetzt im Schnelldurchgang durchs Parlament peitscht?

Grimm: Ja und nein. Also, eigentlich hat man sich ja verhakt. Man wollte da einen sehr ambitionierten Wurf machen. Das ist es nicht geworden. Es wird wahrscheinlich so sein, dass man mit dem Gesetz die Klimaschutzziele nicht erreichen wird im Wärmesektor. Und es ist gleichzeitig sehr kompliziert geworden. Das ist natürlich ein Ergebnis, das man sich eigentlich nicht gewünscht hat. Andererseits, was man sich natürlich wünscht, ist, dass in diesen unsicheren Zeiten relativ schnell Sicherheit geschaffen wird. Also, diese regulatorische Unsicherheit, dass die Unternehmen und die Menschen gar nicht wissen, welche Anforderungen an sie gestellt werden, das ist ja auch eine Problematik, mit der wir uns auseinandersetzen müssen. Und insofern ist es gut, dass es schnell geht, aber auf der anderen Seite braucht es noch Maßnahmen, die tatsächlich dazu beitragen, dass wir die Klimaschutzziele im Gebäudesektor auch erreichen.

Münchenberg: Nun sagt ja die Ampel trotzdem, die Bürger brauchen eben Planungssicherheit, damit sie wissen, was da auf sie zukommt. Auf der anderen Seite, weil es eben so kompliziert ist und so komplex und jetzt so viele Änderungen da reingearbeitet worden sind, ist da nicht einfach schon absehbar, dass es da wieder so viel Streit geben wird über kleine Details, Unsicherheiten, Abgrenzungsschwierigkeiten?

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de 1

Grimm: Ja, das ist natürlich so. Es ist natürlich so, dass eine gewisse Unsicherheit bleibt. Das betrifft einerseits die Frage, welche Möglichkeiten stehen mir dann zur Verfügung. Denn die Wärmeplanung ist ja in vielen Kommunen eben noch nicht abgeschlossen oder auch noch nicht begonnen. Dann ist es so, dass natürlich Fachkräftemangel herrscht. Und die Frage ist, für kompliziertere Umbauarbeiten, bekomme ich überhaupt die Fachkräfte. Und dann fragt man sich natürlich auch: Wie gehen wir eigentlich mit diesem ganzen Antragsaufwand, dem Administrationsaufwand um, der dadurch entsteht? Und letztlich auch: Wie finanzieren wir eigentlich diese Hilfen, die da versprochen sind? Das sind ja immense Summen, die den Menschen da versprochen werden für die Heizung. Ich glaube, man muss die Belastungen abfangen, soziale Balance aufrechterhalten. Aber auf der anderen Seite ist es natürlich so, wir werden uns die Klimaziele nicht kaufen können mit staatlichem Geld. Da muss jeder wahrscheinlich, der kann, dran mitarbeiten. Und deswegen ist natürlich dieses Versprechen, wir entlasten alle in dem Umfang, dass es nicht mehr so wehtut, das wird man nicht lange einhalten können.

Münchenberg: Kommen wir später noch mal drauf zu sprechen. Ich würde gerne noch mal auf die Grundkonstruktion zu sprechen kommen. Jetzt sollen ja die Kommunen bis 2028 die Wärmeplanung vorlegen, damit die Leute wissen, ob es Fernwärme gibt zum Beispiel, was ja für viele die Sache doch erheblich erleichtern würde. Aber im Rückblick, war das der Kardinalfehler bei diesem Gebäudeenergiegesetz, den Robert Habeck, der Wirtschafts- und Klimaschutzminister, gemacht hat? Weil er eigentlich von Anfang an eher auf die Wärmepumpe gesetzt hat und diese ganzen Alternativen und vor allem die kommunale Wärmeplanung, erst mal vollkommen außen vor gelassen hat?

Grimm: Ja, ich glaube, der Kardinalfehler ist, dass man sich so stark auf bestimmte Technologien fokussiert. Und das ist nicht nur im Wärmesektor so. Gerade in Bereichen, wo es eben sehr heterogen ist, wo sehr viele unterschiedliche Akteure unter sehr vielen unterschiedlichen Voraussetzungen eine Lösung finden müssen. Und da kann es für den einen oder anderen sein, dass ein Fernwärmenetz am Ende zur Verfügung steht. Für andere ist die Wärmepumpe eine attraktive Lösung. Aber das wird jeder für sich selber abwägen und entscheiden müssen, in Abhängigkeit seiner Umstände. Wie gut ist mein Haus isoliert? Wo wohne ich eigentlich? Bin ich im Einzugsgebiet eines Gebietes, wo Fernwärme verfügbar gemacht wird? Und das ist natürlich schwierig, dann sehr stark auf Technologien zu fokussieren. Es sind dann immer doch relativ viele, die vor den Kopf gestoßen sind und die sagen, aber für mich passt das alles nicht. Und das ist natürlich ein großes Problem. Man müsste da eben technologieoffener rangehen, aber gleichzeitig glaubwürdig die Klimaschutzziele durchsetzen. Und das geht mit Ordnungsrecht nur sehr, sehr schwer.

Münchenberg: Jetzt hat man ja viel nachgebessert, die staatliche Förderung vor allen Dingen, die ja am Anfang auch außen vor war, ist jetzt zumindest absehbar. Bis zu 70 Prozent soll der Kauf einer klimafreundlichen Heizung gefördert werden. Man will auch Mieter schützen. Da gibt es sozusagen eine Deckelung, was Modernisierungsanlage,

Modernisierungsumlage, so müsste der richtige Terminus sein, angeht. Aus Ihrer Sicht, was die soziale Flankierung dieses Gesetzes angeht - ist das jetzt doch ein ganz gutes Angebot, was der Staat da seinen Bürgern macht?

Grimm: Ja, man verspricht ja relativ umfangreiche Förderungen des Umbaus. Aber auf der anderen Seite ist es natürlich so, dass diese Einkommensgrenzen, die da jetzt im Raum stehen, dass das auch wiederum schwierig ist. Denn, wenn ich sage, ab einem bestimmten Einkommen, 40.000 Euro pro Jahr, bekomme ich noch mal eine sehr viel höhere Förderung, dann hat das natürlich eine Anreizwirkung. An dieser Grenze ist mehr Arbeitsangebot für den entsprechenden Haushalt eben extrem unattraktiv. Und das ist schon hochproblematisch, solche Regelungen einzuziehen. Das kann natürlich dazu führen, dass die Leute dann am Ende sich strategisch verhalten oder – je nachdem, wie es ausgestaltet ist – dann zum Beispiel in einem bestimmten Zeitfenster die Heizung ausbauen, in dem sie gerade wenig verdienen, aber generell gut dastehen. Also, da ist dem Missbrauch auch irgendwie Tür und Tor geöffnet und man hat negative Arbeitsanreize. Ich weiß nicht, ob so eine Regelung bei so einem großen Volumen, das diese Investition ja ausmacht, tatsächlich am Ende zielführend ist. Aber das wird sich herausstellen.

Münchenberg: Auf der anderen Seite, ich erinnere mich an die Gaspreisbremse, da waren Sie ja auch mit involviert, waren in der Kommission - auch da war ja das Grundproblem, dass man gesagt hat, davon profitieren jetzt alle. Und das ist ja hier letztlich auch. Jetzt versucht man ja mit diesen 40.000 wenigstens eine soziale Komponente da noch reinzubringen, was auch das Gehaltsgefüge angeht. Also, man fragt sich ja auch schon, der Staat schüttet üppig aus, aber er verteilt auch nur wieder mit der Gießkanne.

Grimm: Ja, genau. Das ist richtig. Bei der Gaspreisbremse war die Situation deswegen ein bisschen anders, weil wir nicht so viel Zeit hatten. Also, es wäre einfach technisch administrativ überhaupt nicht möglich gewesen, sozial zu differenzieren. Und man kann natürlich die Gaspreisbremse auch als Versicherungsleistungen, Abhängigkeit des Verbrauchs eines Abnehmers, sehen, sodass man in dieser Krisensituation, die ja wirklich massiv war in dem Winter, in dem das beschlossen wurde, das so verstehen kann, dass man die Leute versichern wollte in Abhängigkeit ihre aktuellen Verbrauchssituation. Jetzt ist es natürlich so: Sollen wir jetzt hier sozial gerecht agieren mit Blick auf die Zukunft? Auf jeden Fall ja. Ich glaube, die soziale Balance ist im Klimaschutz extrem wichtig, um überhaupt die Klimaschutzziele durchsetzen zu können. Aber mit diesen Maßnahmen ist es eben sehr, sehr kompliziert. Es gibt ja andere Modelle, zum Beispiel den Emissionshandel, da nimmt der Staat Gelder ein. Man könnte diese Gelder, die man dann einnimmt, zurückgeben an die Menschen als Klimageld. Das würde eine soziale Balance herstellen auf eine sehr viel einfachere Weise. Wenn man über den Emissionshandel Emissionen teuer macht, dann ist es so, dass diejenigen mit einem sehr, sehr hohen CO₂-Fußabdruck viel zahlen, die mit einem niedrigen CO₂-Abdruck wenig zahlen. Und wenn man sich diese Profile mal anguckt, dann sieht man, dass die Leute mit hohem Einkommen und hohem Vermögen eben einen sehr

hohen CO₂-Fußabdruck haben. Und wenn man diese Einnahmen pro Kopf dann zurückgibt, dann hat man automatisch eine Umverteilung von oben nach unten, sogar das Vermögen berücksichtigend, was man ja sonst sehr, sehr schwer umsetzen kann. Und das wäre eben sehr, sehr einfach und elegant, dass man darüber sozusagen, ohne dass dem Staat überhaupt Kosten entstehen, schon mal eine soziale Balance in einem gewissen Umfang hat. Und dann könnte man spezielle Härten bei Leuten, die wirklich ganz schlecht dastehen aktuell, also in einem schlecht isolierten Haus wohnen und weit zur Arbeit pendeln, also sehr, sehr hohe Emissionen, aber trotzdem ein niedriges Einkommen haben, da könnte man dann noch mal nachlegen. Das wären aber viel weniger Fälle, als wo man das jetzt überprüfen muss.

Münchenberg: Das ist ja auch ein Kritikpunkt. Der kommt ja auch teilweise aus der Wissenschaft. Das kommt jetzt auch von Ihnen. Warum hat es die Politik nicht gemacht, wenn das viel einfacher und eleganter ist?

Grimm: Ja, das verstehe ich, ehrlich gesagt, auch nicht, denn eigentlich hätte die Koalition sich ja mit ihren Zielen, mit denen sie in die Koalition reingegangen sind, genau darauf einigen können. Die Grünen möchten ambitioniert Klimaschutz betreiben. Die anderen Parteien auch, aber für die Grünen ist das wirklich ein sehr, sehr vorrangiges Ziel. Die FDP hat gesagt, wir wollen das mit marktwirtschaftlichen Methoden machen.

Münchenberg: Das wäre ja Marktwirtschaft gewesen.

Grimm: Genau. Und jetzt, statt einen Emissionshandel zu etablieren, mit dem man ja die Emissionsreduktionsziele auch durchsetzen würde, also, man hätte eine Begrenzung der zulässigen Emissionen. Und für diese zulässigen Emissionen vergibt man Zertifikate. Die werden gehandelt. Und daraus ergibt sich ein Preis. Dieser Preis, der kann perspektivisch hoch werden. Man muss natürlich das einphasen und müsste natürlich die Preise langsam ansteigen lassen. So ist es ja auch schon im Bundesemissionshandelsgesetz festgelegt.

Münchenberg: Das kommt ja 2027.

Grimm: Wir haben das ja schon, aber dieser Preispfad ist viel zu niedrig aktuell. Und dann haben wir auch noch eine Unsicherheit, ob man 2027 wirklich ernst macht. Also, das hätte man festzurren können. Mir ist wirklich völlig unverständlich, warum man sich in der Politik da nicht zusammengerauft hat und gemeinsam Maßnahmen diskutiert hat, die ja auch von den Parteien vorher vorgeschlagen wurden, und da ein gutes Paket geschnürt hat.

Münchenberg: Gut, das bleibt das große Rätsel. Jetzt ist die Ampel auf einem ganz anderen Weg. Das werden wir wohl wahrscheinlich so nicht mehr hinkriegen. Frau Grimm, Sie haben vorhin auch die Technologieoffenheit angesprochen, die im Gesetz gefehlt hat von Anfang an. Das war ja auch die Position der FDP. Auf der anderen Seite haben jetzt gerade die Liberalen ja durchgesetzt, dass Gasheizungen erst mal sozusagen weiter zulässig sind. Also,

man kann sie auch nach 2024 kaufen, muss sie dann ab 2029, wenn es keinen Wasserstoff gibt, was viele bezweifeln, weil Wasserstoff rar sein wird, dann mit grünen Gasen auch befeuern, also sprich Biomethan. Das hört sich aber doch trotzdem eigentlich erst mal so an nach so einem Weiter-so.

Grimm: Ja, das ist eben schwierig. Man macht sich eben noch nicht ehrlich. Wenn man jetzt sagen würde ... nehmen wir mal an, es würde so ein Emissionshandel etabliert und man würde tatsächlich erwarten, dass sich die Preise einstellen, die sich einstellen müssten, wenn wir die Emissionsreduktionsziele erreichen wollen. Dann würde es wahrscheinlich gar nicht profitabel sein, eine Gasheizung einzubauen, denn dann ist der Betrieb dieser Gasheizung perspektivisch in der Zukunft ziemlich teuer. Ich meine, heute sind die Gaspreise erst mal gefallen. Jetzt scheint es erst mal so, als ob Gas wieder günstig ist. Und ein Energieberater, der jetzt zum Beispiel in ein Haus kommt und jemanden berät, mit welchen Gaspreisen soll der denn rechnen? Soll der mit hypothetischen Gaspreisen rechnen, unter der Annahme, dass die Bundesregierung in Zukunft extrem ernstmacht? Das ist natürlich jetzt aktuell schwierig zu erklären oder schwierig zu plausibilisieren. Also, dieser Energieberater wird erst mal von dem, was jetzt erwartbar ist, ausgehen. Und da ist eine Gasheizung im Vergleich zur Wärmepumpe natürlich viel zu günstig.

Münchenberg: Aber werden die Leute dann nicht trotzdem letztlich für – ich sage es mal ein bisschen drastisch – dumm verkauft?

Grimm: Ja.

Münchenberg: Weil man ihnen quasi sagt, kauft ruhig die Gasheizung, aber das bittere, teure Ende kommt dann noch.

Grimm: Es führt eben dazu, dass man potenziell ... irgendwann muss man sich ja entschließen. Also, ich glaube auch nicht, dass der Emissionshandel komplett vom Tisch ist, denn man muss ja irgendwann wirksame Maßnahmen etablieren. Der Druck steigt. Es wird auch immer schwieriger tatsächlich, wirksame Maßnahmen zu etablieren, denn umso weniger wir vorankommen, desto schmerzhafter wird es dann, wenn man die Entscheidungen trifft. Deswegen führt das natürlich auch potenziell dazu, dass die Gesellschaft sich immer mehr polarisiert. Diejenigen, die sich wirksamen Klimaschutz wünschen, die werden immer unruhiger. Und diejenigen, die eigentlich denken, wir dürfen die Wirtschaft nicht abwürgen, wir dürfen die Leute nicht zu stark belasten, die werden immer angespannter, wenn es darum geht, tatsächlich wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Denn es wird natürlich immer härter werden, je weniger wir jetzt vorankommen. Und diese Polarisierung, die ist, glaube ich, sehr gefährlich. Ich glaube, die Politik muss sich da zusammenraufen und tatsächlich jetzt, wo es noch möglich ist, Maßnahmen etablieren, die dann tatsächlich auch zum Ziel führen.

Münchenberg: Im Interview der Woche des Deutschlandfunks heute die Wirtschaftsweisse Veronika Grimm. Frau Grimm, Sie haben das ja auch mehrfach jetzt schon angesprochen.

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de 5

Diese ganze Debatte wird ja auch in dem Kontext gesehen, wie viel Klimaschutz, wie viel Zumutungen sind überhaupt möglich. Von der CDU heißt es ja jetzt auch, die Grünen seien schuld daran, dass die AfD so erstarkt worden ist. Da war von dem Heizungshammer die ganze Zeit die Rede. Jetzt abzüglich mal der polemischen Debatten, die wir erleben, auch der handwerklichen Fehler, die die Ampel auf jeden Fall gemacht hat, stößt Klimaschutz nicht doch auch an diesem Beispiel gesehen, hier an seine Grenzen, wenn es wirklich ganz konkret wird?

Grimm: Genau. Ich glaube, wir haben ein gutes Beispiel gesehen, was passiert, wenn wir tatsächlich ernst machen müssen. Das ist jetzt etwas, eine Art von Zumutung, die in verschiedenen anderen Dimensionen weiter auf unsere Gesellschaft zu kommen wird. Denn, wenn wir die Klimaschutzziele erreichen müssen, dann brauchen wir eben schon ziemlich viel destruktive Maßnahmen, um den Wechsel von fossilen Energieträgern zu erneuerbaren umzusetzen.

Münchenberg: Destruktive heißt einschneidend.

Grimm: Ja, ja, einschneidende Maßnahmen. Das betrifft einerseits den Heizungstausch. Das betrifft natürlich auch die Mobilität. Da werden wir uns auch umstellen müssen. Das betrifft auch die Industrie. Wenn die Industrie klimaneutral wird, dann ist es so, dass die energieintensive Industrie natürlich in Deutschland besonderen Herausforderungen ausgesetzt ist, weil wir eben nicht fossile Energieträger nutzen können, sondern klimafreundliche Energieträger, also elektrifizieren oder Wasserstoff und auf Wasserstoff basierende erneuerbare Energieträger beschaffen müssen. Da wird sich in den Wertschöpfungsketten ziemlich viel ändern müssen, weil man eben diesen Wasserstoff nicht komplett hier vor Ort herstellen können wird. Wir haben gar nicht genug Strom sozusagen und gar nicht genug günstigen Strom. Und da werden wir sehr viele Umbrüche erleben, die wir auch gestalten müssen. Und dem muss man sich in der Politik und müssen wir uns in der Gesellschaft auch stellen. Das werden schon Herausforderungen sein, die auf uns zukommen.

Münchenberg: Auf der anderen Seite muss man auch sagen, gerade, ich sage mal, jetzt bei den Verbänden, die sich für den Klimaschutz engagieren, ist ja auch das Narrativ, wir schaffen das ohne Beschneidungen, ohne Verzicht. Also, auch da wird ja eigentlich so ein ein Diskurs gepflegt, der, wenn ich Sie jetzt recht verstanden habe, ja eigentlich gar nicht so stimmt.

Grimm: Ja, ich glaube, das Spektrum, der Narrativ, ist auch unterschiedlich. Es gibt ja auch viele, die sagen, wir brauchen „Degrowth“. Wenn man sich überlegt, wir machen „Degrowth“, dann muss man sich natürlich gleich fragen, in einer Wirtschaft, die nicht wächst, sondern schrumpft, da gibt es ja dann nichts zu verteilen und wie erhalten wir uns eigentlich dann die Akzeptanz der Bevölkerung für Klimaschutzmaßnahmen? Das dürfte extrem schwierig werden in einer Demokratie, wo die Leute ja auch hinter dem stehen

müssen, was der Staat macht. Also, das ist sicherlich ein Spannungsfeld, wenn wir jetzt sagen, wir wollen wachsen und gleichzeitig Klimaschutz betreiben. Ich glaube, das ist auch die richtige Rolle. Deutschland hat da auch eine Verantwortung in der Welt. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir zeigen, wie man klimafreundlich wertschöpfen kann. Das ist auch wichtig, um uns Zukunftsperspektiven zu erarbeiten, zum Beispiel Anlagen herzustellen, die man dringend für Klimaschutz benötigt, Logistik, Infrastruktur, Erneuerbare Energien, Forschung in dem Bereich, im Bereich Wasserstoff-Elektrolyseure. Also, da sind ja auch Zukunftsmärkte perspektivisch da. Aber dafür müssen wir das jetzt auch machen. Und das braucht natürlich schon weitreichende Entscheidungen.

Münchenberg: Interessanterweise, der Kanzler spricht ja schon von einem grünen Wirtschaftswunder. Also, ist es denn wirklich so rosig? Wenn ich Sie so verstehe, ja eher nicht.

Grimm: Ja, ich glaube, das wird auf uns ankommen in der Gesellschaft. Wenn wir es schaffen, tatsächlich auf diesen Pfad zu kommen und konsequente Entscheidungen zu treffen, dann können wir natürlich auch Wachstumspotenziale ausnutzen. Aber wir müssen uns dann auch den Herausforderungen stellen. Und ich glaube, man muss dann eben auch beim Umbau der Industrie sich ehrlich machen. Wir werden das nicht mit Geld wegfördern können, sondern wir müssen überlegen: Wie soll denn die zum Beispiel energieintensive Industrie in Zukunft aufgestellt sein? Es ist ja nicht so, dass wir sagen können, wir machen jetzt alles, was wir bisher machen, nur wir machen es klimaneutral vor Ort und in den Strukturen der Wertschöpfungsketten ändert sich gar nichts. Da dürfen wir uns nichts vormachen. Wenn wir jetzt zum Beispiel über den Industriestrompreis nachdenken, da ist ja die Idee, wir subventionieren jetzt den Strom billig für die energieintensive Industrie.

Münchenberg: Weil der Strom so teuer ist in Deutschland auch, ja.

Grimm: Und es ist richtig, der Strom für die energieintensive Industrie ist aktuell sehr teuer. Aber was machen wir dann, wenn wir einigen energieintensiven Unternehmen billigen Strompreis garantieren? Dann steigt natürlich auch deren Nachfrage nach Strom in einer Situation, in der wir ein Angebotsproblem auf dem Strommarkt haben. Wir müssen ja massiv ausbauen bei Erneuerbaren Energien, um tatsächlich klimafreundlichen Strom zu bekommen. Wenn jetzt die energieintensive Industrie sehr viel nachfragt, dann steigt ja, marktgetrieben über den Strommarkt der Strompreis für alle anderen. Das heißt, man hat einen negativen Effekt auf die ganzen innovativen Unternehmen, die wir ja auch in Deutschland halten wollen. Dann müssen wir diese Subventionen ja auch irgendwie bezahlen. Entweder legen wir es auf alle um, über Steuern oder über den Strompreis oder wir machen es über Schulden, aber dann müssen die zukünftigen Generationen bezahlen. Und ich glaube, da müssen wir uns schon klügere Konzepte einfallen lassen. Es fragt sich ja auch, ob bei den Preisen, die da aufgerufen sind beim Industriestrompreis, ob das den

energieintensiven Unternehmen dann tatsächlich hilft, denn es ist immer noch teurer denn als in vergleichbaren Wirtschaftsregionen.

Münchenberg: Ich würde ganz gern noch mal so ein bisschen den Blick weiten. Was ich ja bei dieser ganzen Debatte auch sehr interessant fand, die war ja sehr heftig, wie gesagt, natürlich auch wegen der handwerklichen Fehler. Aber auf der anderen Seite, diese Debatte hat ja gleichzeitig stattgefunden, während man ja auch immer wieder mit den Folgen des Klimawandels in den Nachrichten konfrontiert worden ist, sprich Überschwemmungen, massive Trockenheit, Wassermangel. Das sind ja auch tägliche Meldungen, die uns begleiten. Und trotzdem hat man den Eindruck, weil Sie vorhin ja auch sagten, man muss sich da ehrlich machen, muss vielleicht auch über Verzicht, Beschränkung reden, scheint das ja nicht zu funktionieren.

Grimm: Ja, es stellt sich auch die Frage, ob wenn wir jetzt ein bisschen mehr oder bisschen weniger ambitioniertes Heizungsgesetz auf die Schiene bringen, ob wir damit dann die ganze Welt retten können, also diese Probleme tatsächlich in den Griff kriegen. Ich glaube, da muss man auch sehen, dass Klimaschutz, also vor allen Dingen die Rolle Deutschlands beim Klimaschutz, die müssen wir schon im europäischen und im globalen Kontext sehen und müssen überlegen: Wie können wir auf europäischer Ebene und global dazu beitragen, dass es wirklich vorangeht? Dafür ist natürlich wichtig, was wir selber vor Ort machen. Also, wir müssen schon zeigen, dass wir selber als Gesellschaft willens sind voranzukommen, aber vor allen Dingen haben wir natürlich einen Hebel beim Klimaschutz über internationale Institutionen, also zum Beispiel auf der Ebene der Europäischen Union. Der Emissionshandel, den die Europäische Union schon gemeinsam etabliert hat, jetzt aktuell der Hochlauf beim Wasserstoff, bei der Wasserstoffproduktion und auch beim Wasserstoffhandel, hier brauchen wir gemeinsam in der Europäischen Union Infrastrukturen, die wir ausbauen, damit wir überhaupt genügend erneuerbare Energieträger transportieren und dann eben auch beschaffen können. Und global muss man natürlich auch überlegen, wir brauchen ja neue Partner. Und das heißt nicht, dass wir zu Hause nichts tun müssen, aber das wird nicht ausreichen. Wenn wir uns daran zerreiben, aber das andere Handlungsfeld vernachlässigen dafür, dann werden wir nichts gewonnen haben, dann haben wir eher verloren.

Münchenberg: Im Interview der Woche des Deutschlandfunks heute die Wirtschaftsweisse Veronika Grimm. Frau Grimm, ich würde ganz gerne noch mal einen anderen Blick auf die Sache werfen, einen größeren Kontext. Wir reden jetzt über das GEG. Wir reden über den Klimawandel, wie man sich richtig positioniert. Aber das alles findet ja statt in einem wirtschaftlich doch sehr schwierigen Umfeld. Die Inflation ist hoch, Wachstum Fehlanzeige. Die Industrie schwächelt. Da stellt sich ja schon die Frage: Wie soll das alles umgesetzt werden? Oder anders gefragt. Wie bewerten Sie jetzt die aktuelle Lage und auch die Aussichten für die deutsche Wirtschaft?

Grimm: Ja, die aktuelle Lage ist erst mal so, dass wir jetzt eine technische Rezession im Winterhalbjahr hatten. Das geht natürlich zurück einerseits auf die Gaskrise, auf der anderen Seite auf die hohe Inflation, die ja schon sogar vor der Energiekrise begonnen hat, die jetzt noch mal durch die Energiekrise befeuert war. Und die Europäische Zentralbank muss jetzt natürlich geldpolitisch dagegenhalten. Die Zinsen sind gestiegen. Und die Geldpolitik hat natürlich das Ziel, den Konsum einzubremsen, sodass die Nachfrage sich wieder dem aktuell noch restringierten Angebot nähert. Also haben wir einen Effekt, der die Nachfrage dämpft. Und das erleben wir jetzt gerade. Das heißt, wir bewegen uns eigentlich in einer Situation, wo wir so eine Stagnation erwarten sollten.

Münchenberg: Auf der anderen Seite ist es ja so, wenn man mal den Blick weitet, Europa, da steht Deutschland vergleichsweise schlecht da. Da ist schon wieder die Rede vom kranken Mann Europas, wie wir das schon in den 90er Jahren mal waren, auch Anfang der 2000er Jahre. Also, macht Deutschland einiges schlechter als andere oder wir stehen schlechter da als andere, gerade im europäischen Vergleich?

Grimm: Ich glaube, es ist ganz schwierig, einen direkten Vergleich zu ziehen, weil die europäischen Staaten ja sehr, sehr unterschiedlich getroffen waren. Deutschland ist durch den Wegfall der russischen Lieferungen an Gas natürlich ganz besonders getroffen gewesen, denn unsere Wirtschaft ist sehr stark von Gas abhängig. Es ist in anderen Ländern besser möglich gewesen, Alternativen zu beschaffen, etwa in Italien. Was man aber schon sagen muss, ist, dass wir natürlich aufpassen müssen, dass wir nicht zu viel Unsicherheit begründen durch politische Entscheidungen. Da kann man durchaus noch einiges besser machen, weil wir jetzt natürlich auch Situationen, wo der Staat doch eine sehr, sehr umfangreiche Rolle hatte in den Krisen, rauskommen müssen wieder in eine marktwirtschaftliche Situation.

Münchenberg: Aber da hat man den Eindruck, das kam bei der Ampel ja noch nicht unbedingt an, zumindest nicht bei SPD und Grünen.

Grimm: Ja, genau. Also, ich glaube, man muss jetzt schon schauen, dass man wieder die regulatorische Unsicherheit reduziert, dass man Rahmenbedingungen schafft, unter denen Unternehmen auch es attraktiv finden, in Deutschland zu investieren. Das ist in vielen Dimensionen nicht ganz einfach. Ich glaube, Energie ist ein ganz wichtiges Thema. Wir müssen die Energiepreise strukturell wieder runterkriegen, nicht durch Subventionen, sondern dadurch, dass wir jetzt wirklich glaubhaft eine Strategie voranbringen, wo investiert wird, wo in erneuerbaren Ausbau investiert wird, wo auch in die wasserstofffähigen Gaskraftwerke investiert wird. Die werden wir ja brauchen, um aus der Kohle wieder auszusteigen. Und wenn wir die mit Wasserstoff betreiben wollen, dann müssen wir den Wasserstoff auch beschaffen. Dann muss der auch verfügbar sein und die Infrastruktur verfügbar sein. Und das sind natürlich Aufgaben, die die Bundesregierung jetzt angehen muss.

Münchenberg: Lassen Sie mich noch eine letzte Frage stellen - die Zeit läuft uns ein bisschen davon. Sie sagten ja vorhin, auf der einen Seite mit Zertifikate-Handel zum Beispiel, da wünschen Sie sich eigentlich mehr Marktwirtschaft. Auf der anderen Seite sagen Sie jetzt, der Umbau ist so gewaltig, der fordert schon auch einen steuernden Staat. Ist das trotzdem gut kombinierbar mit marktwirtschaftlichen Ansätzen oder eben nicht doch im Augenblick einfach sehr viel steuernde Politik da gefordert?

Grimm: Ja, ich glaube, gerade im Energiemarkt müssen wir alles daran setzen, dass wir marktliche Mechanismen jetzt wieder stärken. Es wurde ja sehr umfangreich eingegriffen. Es gab die Abschöpfung von Zufallsgewinnen, die ja jetzt auch wieder beendet wird und nicht sehr erfolgreich war. Es gab verschiedene Eingriffe in die Energiemärkte. Und das verunsichert natürlich Investoren. Und das führt dazu, dass weniger ausgebaut wird, dass man erst mal wartet. Deswegen gilt es, jetzt in Deutschland und auf europäischer Ebene die Energiemärkte, die Mechanismen wieder zu stärken. Und beim Ausbau von Gaskraftwerken, da werden wir einen staatlichen Mechanismus komplementär zum Markt brauchen. Ich glaube, es ist wichtig, das Vertrauen in die Märkte soweit wie möglich zu stärken, dass möglichst viel Investitionsanreize auch aus dem Markt heraus kommen. Aber gegeben die Zeitschienen, die man sich politisch gesetzt hat, wird man das auch staatlich noch mitanstoßen müssen, diese Kraftwerke zuzubauen. Und beim Hochlauf von Wasserstoff ist es eigentlich das Gleiche. Wir müssen es schaffen, dass das marktlich organisiert wird. Dann sollten wir weltweit wettbewerblich ausschreiben und beschaffen, damit wir einfach Preissignale kriegen über die Kosten der Produktion. Dann ist es auch sinnvoll, den Wasserstoff wettbewerblich in Deutschland zu verkaufen. Und so was muss man eben jetzt stärken und auch mit Mitteln ausstatten seitens des Staates, damit hier auch ein Markt wirklich entstehen kann.

Münchenberg: Frau Grimm, vielen Dank.

Grimm: Ich danke Ihnen.